



Wirtschaftsaufschwung stärken

Die neuen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen: Die Reformanstrengungen der letzten Jahre waren nicht umsonst, wir sind auf dem richtigen Weg. Deutschland hat alle Chancen, wieder zu einer verlässlichen Wachstumslokomotive in Europa zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 12 Jahren. Das ist auch Folge richtiger Politik. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ergeben, dass die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich mitgestaltete Reform des Arbeitsmarktes einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Die Betonung des Förderns und Forderns hat zu einer größeren Kompromissbereitschaft der Arbeitslosen bei der Arbeitssuche geführt. Offene Stellen werden wesentlich schneller wieder besetzt als vor der Reform. Besonders Stellen für Geringqualifizierte waren deutlich kürzer vakant. Wegen der positiven Erfahrungen hat rund jeder zehnte Betrieb in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen für Geringqualifizierte geschaffen.

Diese Entwicklung ist erfreulich, zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. Angesichts von immer noch über 3,5 Mio. Arbeitslosen wissen wir: Wir sind noch nicht über den Berg. Deswegen werden wir Kurs halten und weiterhin Politik für mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit machen. Leider fehlt dieses eindeutige Bekenntnis bei unserem Koalitionspartner. Die SPD gibt der Linken nach und setzt auf populistische Forderungen. Wir wollen, dass der Aufschwung bei denen ankommt, die ihn durch ihre tägliche harte Arbeit möglich gemacht haben. Daher setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken – auch weil so die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Beitragssenkung, die allen Arbeitnehmern zu Gute kommt, hat für uns Vorrang vor neuen und längeren Transferleistungen. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen und nicht Arbeitslosigkeit verwalten. Das ist für uns soziale Politik. Deshalb kommt eine Veränderung beim Arbeitslosengeld I für uns nur dann in Frage, wenn diese aufkommensneutral ist. Wir wollen alles dafür tun, dass dieser Aufschwung dauerhaft ist. Daher fordern wir die konsequente Aktivierung von Arbeitslosen sowie eine Konzentration der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Durch die Förderung von Beschäftigungschancen in Privathaushalten möchten wir die Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen die Wachstumskräfte stärken und nicht bremsen.

Partnerschaft der Parlamente

Die kanadische Flagge wehte in dieser Woche am alten Reichstagsgebäude. Anlass war der Besuch des **kanadischen Parlamentspräsidenten Peter Milliken**. Oberbergs Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Flosbach begrüßte den Kanadier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe. Bundestagspräsident Norbert Lammert war der offizielle Gastgeber seines kanadischen Amtskollegen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen in den beiden nationalen Parlamenten, darunter die politische und militärische Lage in Afghanistan. So verfolgten die kanadischen Gäste am Freitag die Bundestagsabstimmung über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.

Zu Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten waren auch Parlamentarier der kanadischen Provinzen New Brunswick, Saskatchewan und Calgary in dieser Woche zu Gast in Berlin. Ihre Reise war von der Organisation „Partnerschaft der Parlamente“ initiiert worden.



Von links: Peter Milliken, Klaus-Peter Flosbach, Norbert Lammert



Die Woche im Parlament

In dieser Woche stimmten wir über die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO** ab. Zugleich bekräftigten wir unser Engagement: Afghanistan braucht weiter unsere Unterstützung, um ein funktionstüchtiger, demokratischer Staat zu werden, der selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Mit dem Konzept der Bundesregierung und unserem Afghanistan-Positionspapier haben wir sowohl die Erfolge des Einsatzes als auch die Defizite klar benannt. Der Antrag sieht vor, dass das ISAF-Tornado-Mandat in das ISAF-Grundmandat integriert wird, wobei eine neue aufaddierte Obergrenze von 3500 Soldaten vorgesehen ist. Zudem wird der Aufbau afghanischer Sicherheitsstrukturen (Polizei, Armee) intensiviert.

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“** beraten. Mit dem Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz (KBFG) wird 2007 ein Sondervermögen errichtet, das den Ländern Finanzhilfen für Investitionen nach Art. 104b GG zum Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen gewähren soll. Der Bund stellt 2,15 Milliarden Euro für Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs-, Modernisierungs- und Ausstattungsmaßnahmen in Einrichtungen und für die Kindertagespflege zur Verfügung. Die Gewährung der Finanzhilfen wird neben dem KBFG durch gesonderte Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern geregelt. Das Gesetz ist eingebettet in das Gesamtkonzept des von Bund und Ländern verabredeten Ausbaus der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Die gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 werden im Achten Buch Sozialgesetzbuch geregelt werden. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von 1 bis 3 Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen, eine monatliche Zahlung eingeführt werden. In einem gesonderten Gesetz wird zudem geregelt werden, dass der Bund die Kommunen ab 2009 bis 2013 mit insgesamt 1,85 Milliarden Euro und anschließend jährlich in Höhe von 770 Millionen Euro bei den Betriebskosten entlastet.

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung** schreiben wir die Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung, die bis Ende 2008 befristet war, auf Dauer fest. Damit wollen wir durch sichere und langfristig geltende Rahmenbedingungen die freiwillige und kapitalgedeckte zusätzliche Altersversorgung weiter fördern. Zudem wird das Unverfallbarkeitsalter (d. h. kein Erlöschen der Ansprüche) bei arbeitgeberfinanzierten Betriebsrentenanwartschaften von 30 Jahren auf 25 Jahre reduziert, um insbesondere Kinder erziehenden jungen Frauen diese Betriebsrentenanwartschaften zu erhalten.

Zu den **finanzpolitischen Themen der Woche** zählten Beratungen über Wagniskapital für junge Unternehmer. Ein Thema, das auch für innovative oberbergische Firmen an Bedeutung gewinnen wird. Außerdem werden mit einem aktualisierten Versicherungsaufsichtsgesetz die Verbraucherrechte gestärkt. Für beide Themen ist Klaus-Peter Flosbach der Berichtserstatter in der CDU/CSU-Fraktion.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutschland (AGD) weist auf das neu ins Leben gerufene Projekt „Ehrenamtskarte“ hin. Mit einer Vorteilskarte sollen Ehrenamtliche vergünstigte Produkte und Dienstleistungen erhalten. Derzeit gelte die Ehrenamtskarte bereits bei rund 1000 Firmen. Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite www.ehrenamtskarte.info.



gen erhalten. Derzeit gelte die Ehrenamtskarte bereits bei rund 1000 Firmen. Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite www.ehrenamtskarte.info.

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de